

_____ Ulrich Brand: Die blinden Flecken der populären Krisendeutungen _____
_____ Vandana Shiva: Der Green New Deal bringt den Armen nichts _____
_____ Wolfgang Sachs: Wege zu einer wachstumsbefriedeten Gesellschaft _____

politische ökologie ¹¹⁸

Multiple Krise

Ende oder Anfang für eine gerechte Welt?

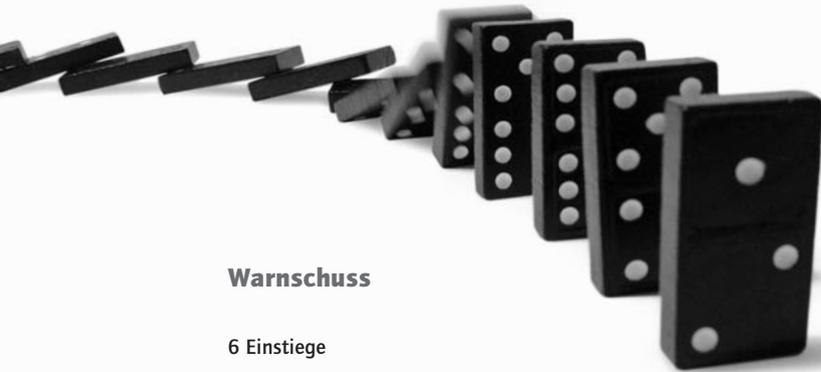


Mitherausgegeben von der Heinrich Böll Stiftung

 **oekom**
verlag

Multiple Krise

Ende oder Anfang für eine gerechte Welt?



Warnschuss

6 Einstiege

Schleudertrauma

12 Geleitwort

*Von Barbara Unmüßig und
Tilman Santarius*

13 Auf die Brille kommt es an

Krisendeutungen und -politiken
Von Ulrich Brand

17 Offenbarungseid des

Kurzfristdenkens

Wechselwirkungen der Krisen
Von Christoph Bals und Rixa Schwarz

21 Die Krise hat System

Die Geschlechterdimensionen des Crashes
Von Christa Wichterich

24 Graue Eminenzen am Werk

Das Management der Finanzmarktkrise
Von Gerhard Schick

Wachstumsfalle

28 Drei Fragen – 3 x 3 Antworten

Die Wachstumsdebatte
*Standpunkte von Jan Priebe,
Hans Diefenbacher und Niko Paech*

31 „Kluft zwischen Bewusstsein
und Handeln überbrücken“

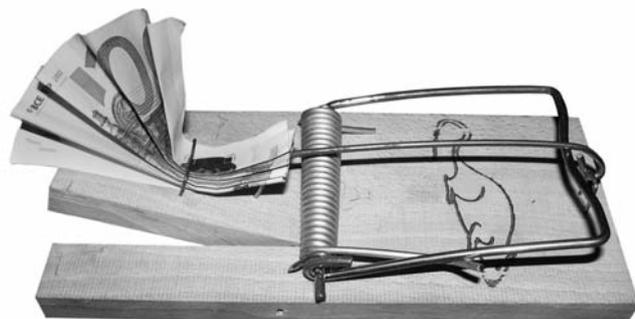
CO₂-Reduktionsstrategien im
Globalen Süden
Ein Interview mit Lim Li Lin

34 Exportorientierung versus
Deglobalisierung

Die Rolle Deutschlands im Welthandel
*Ein Meinungs austausch zwischen
Martin Jänicke und Tilman Santarius*

37 Anders! Weniger! Besser!

Konturen eines zukunftsfähigen
Wirtschaftsmodells
Von Wolfgang Sachs



Neue Ufer

42 Der grüne Pakt mit dem Monster
Der Green New Deal
Von *Sven Giegold*

45 „Wir gehen an einem falschen Menschenbild zugrunde.“
Der Green New Deal aus Sicht des Globalen Südens
Ein Interview mit *Vandana Shiva*

47 Mehr Mut zum Lokalen
Welternährung in unsicheren Zeiten
Von *Christine Chemnitz*

50 Die Menschheit vor der Herkulesaufgabe
Globale Krisenbewältigung
Von *Dirk Messner*

54 Neue Institutionen braucht die Welt!
Plädoyer für die Zukunft
Von *Barbara Unmüßig*



Impulse

56 Projekte und Konzepte

Handelsregeln für eine global zukunftsfähige Landwirtschaft
EcoFair Trade Dialogue

60 Medien

Spektrum Nachhaltigkeit

64 Politik des ökologischen Schlussverkaufs
Kommentar zum Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung
Von *Hubert Weiger*

66 Aufbruchstimmung im Land der Widerstände
Klimapolitik in Japan
Von *Sven Rudolph und Park Seung-Joon*

68 Wider die Wiederkäuer
Ernährungswirtschaft und Klimawandel
Von *Karl Otto Henseling und Detlef Bimboes*

70 Die nächste Bombe tickt bereits
Geplanter AKW-Bau in Weißrussland
Von *Volha Martynenka*

72 Wenn gute Taten belohnt werden
Klimasparbuch München
Von *Amelie Thomé*

Teil 3
der Reihe zum
Weltklimagipfel
in Kopenhagen

Rubriken

3 Editorial

73 Vorschau/Impressum

Für ihr inhaltliches und finanzielles Engagement sowie die gute Zusammenarbeit danken wir der:

**HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG**

Plädoyer für die Zukunft

Neue Institutionen braucht die Welt!

Von Barbara Unmüßig

Nur ein vernetztes internationales Koordinieren und Abstimmen kann die eng miteinander verflochtenen Krisen bewältigen. Gefragt sind Ministerien und Institutionen, die sich weitsichtiges Handeln statt sektorales Denken auf die Fahnen schreiben.

Die Finanzkrise, der Kampf gegen den Klimawandel, die Welternährungs- und die globale Armut können nicht isoliert voneinander bearbeitet werden. Diese Tatsache ist aber noch viel zu wenig im Bewusstsein und auf der Agenda politischer Entscheidungsträger, auch die Zivilgesellschaft vernachlässigt das Thema. Sieht man sich die Vielfachkrisen der Welt genauer an, zeigt sich, dass die Institutionen des 20. Jahrhunderts die Probleme und Krisen mitbefördert haben. Ungebremste Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung – die Zauberformeln neoliberaler Globalisierung – waren nicht zuletzt ein politisch getriebenes Projekt. Zur Krisenbewältigung gehört deshalb auch, die politisch-institutionellen Dimensionen ins Visier zu nehmen.

Die globalen Institutionen und herkömmlichen Entscheidungsstrukturen benötigen tief greifende Reformen, wenn die zusammenhängenden Krisen wirkungsvoll überwunden werden sollen. Die aktuelle Weltwirtschaftskrise hat einmal mehr gezeigt, dass eine wohlfahrtsfördernde Globalisierung internationale Regelwerke und solche Governance-Strukturen braucht, die für einen Interessenausgleich zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern, zwischen Arm und Reich und zwischen den Geschlechtern sorgen.

Wie müssen Institutionen und Regelwerke aussehen, wenn sie den Weg in die CO₂-leichte Gesellschaft zu ebnen helfen sollen (vgl. S. 37 ff.)? Die Institutionen des vergangenen Jahrhunderts sind dafür jedenfalls nicht gerüstet. Und die ersten Antworten – nämlich die Etablierung der G20 auf die globalen Machtverschiebungen, reichen bei Weitem nicht aus.

Allenfalls eine kosmetische Änderung, aber noch nicht einen wirklichen Neuanfang bedeutet es, den Schwellenländern im Internationalen Währungsfonds und bei der Weltbank ein paar Stimmrechte mehr zu gewähren. Und neue Clubs wie die G20 schließen nach wie vor die anderen 180 Staaten der Welt aus. Zwar löst sich das alte Nord-Süd-Schema allmählich auf. Doch in den Klimaverhandlungen bricht der Nord-Süd-Konflikt immer wieder auf und blockiert gute Verhandlungsergebnisse. Alte Nord-Süd-Gräben müssen bei der Bearbeitung globaler Probleme jedoch überwunden werden. Die Industrieländer müssen die gewachsene Verhandlungsmacht der Schwellen- und Entwicklungs-

länder endlich ernst nehmen. Die Zeiten des einseitigen Diktats sind jedenfalls vorbei.

Die alte, zutiefst demokratische Frage, wie sich Repräsentativität und Partizipation mit Handlungsfähigkeit vertragen, stellt sich im globalen Maßstab angesichts des Klimawandels neu. Antworten auf diese Frage gibt es derzeit noch keine. Außer der zunächst richtigen, dass wir dafür doch die UNO haben. Nur: Die Vereinten Nationen sind schwerfällig, produzieren Kompromisse auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner und sind gerade so handlungsfähig und effizient in ihren Entscheidungen, wie es die Mitgliedsregierungen zulassen. Es ist deshalb kein Wunder, dass auch im Klimagovernance-Kontext darüber nachgedacht wird eigene bereits existierende Clubs wie das Major Economies Forum (MEF), ein Zusammenschluss der 17 wichtigsten CO₂-Emittenten oder die G20 als Koordinatorin für Wirtschafts-, Finanz- und Klimafragen fest zu etablieren. Die kleinen oder ökonomisch schwachen Länder und als Institution die UNO wären die Verliererinnen dieser neuen Clubbildung.

Wider das Besitzstandswahren

Das Verfestigen neuer Machtasymmetrien kann nicht die Antwort auf die Krise der Governance und auf den Machtzuwachs der Schwellenländer sein. Reformen unter dem Dach der UNO müssen weiter vorangetrieben werden. Notwendig wären andere Abstimmungsprozesse. Leider scheitern alle Reformansätze immer wieder an Besitzstandswahrer(inne)n, die ausschließlich am Prinzip „ein Land eine Stimme“ festhalten wollen. So wird aber das Geschäft

der exklusiven Clubbildung betrieben. Wenn jedoch Normen und Werte im Kontext politischer Regelwerke noch einen Platz im internationalen System behalten wollen, gibt es letztlich keine Alternative zur UNO. Keine Regierung setzt deren Reform jedoch auf die politische Tagesordnung. Nach dem letzten Anlauf (2005) des damaligen UN-Generalsekretärs Kofi Anan, scheint die UN-Reform ein Projekt für Verlierer zu sein. Auch die Bundesregierung nicht. Der Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Bundesregierung schweigt jedenfalls dazu. Ein Indiz dafür, dass Kanzlerin Angela Merkel, die sich gerne auf internationalem Parkett sonnt und in Sonntagsreden die UNO rühmt, de facto aber weniger als Multilateralistin agiert als es den Anschein hat.

Viele offene Fragen

Wohin wir auch schauen, ob auf der nationalen oder internationalen Ebene: Unsere politischen Systeme sind auf interdependentes und weitsichtiges Handeln kaum vorbereitet. Kurzfristigkeit und sektorales Denken herrschen vor. Innovative Koordinierungs- und Abstimmungsprozesse sind rar. Diverse Reformansätze unter dem Dach der UNO, sektorale Reformen, die zum Beispiel die Zersplitterung der Zuständigkeiten im Bereich Welternährung und Weltagrarentwicklung oder bei der Konfliktprävention überwinden sollen, bleiben im Ansatz stecken.

Die institutionelle Fragmentierung im internationalen System wird sich durch die künftige Klimafinanzierung eher noch verstärken. Mehrstellige Milliardensummen werden für die Vermeidung von Klimawandel und für die Anpassung an den Klimawandel fließen. Über welche Institutionen sie abgewickelt werden, ist nach wie vor unklar. Die Weltbank bringt sich in Vor-

machtstellung, viele Entwicklungsländer und NGOs plädieren für einen zentralen Fonds unter dem Dach der UNO.

Die Zukunft der Klimafinanzarchitektur kann den Reformdruck auf die alten Strukturen der Entwicklungsfinanzierung verstärken. Denn sie stehen schon seit längerem in der Kritik. Die Entwicklungszusammenarbeit hat mit einer steigenden Zahl von Gebern mit häufig unterschiedlichen Prioritäten, Konzepten und Verfahren eine Komplexität erreicht, die die Partner zunehmend belastet und die Effizienz und Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit beeinträchtigt. Koordinations- und Kohärenzprobleme nehmen mit neuen Akteuren (Schwellenländer, private Stiftungen, neue Ressorts) in der Entwicklungs- und Umweltfinanzierung eher noch zu als ab. Antworten auf all diese Fragen werden dringlichst gebraucht. Reformansätze gibt es einige. Sie müssen weiterentwickelt und in politische Prozesse eingebracht werden. Die Heinrich Böll Stiftung wird hierfür verstärkt Denk- und Debattenraum bereitstellen.



Wann kriegen Sie die Krise?

Bei Wortverdrehern und Dummheit, z.B. wenn Atomkraftbefürworter Atomkraftgegnern den Ideologievorwurf machen.

Zur Autorin

Barbara Unmüßig, geb. 1952, ist Politologin und seit 2002 im Vorstand der Heinrich Böll Stiftung tätig. Davor war sie u.a. Sprecherin des Forums Umwelt & Entwicklung und Vorsitzende der NGO Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (WEED).

Kontakt

Barbara Unmüßig
Vorstand
Heinrich Böll Stiftung
Schumannstraße 8
D-10117 Berlin
Fon ++49/(0)30/285 34 -114
E-Mail unmuessig@boell.de
www.boell.de